

Gastkommentar. Die Krise der katholischen Kirche ist maßgeblich durch ihre Amtsträger mitverursacht. Eine Replik auf Janko Ferk.

Katholische Kirche: Es ist schon 5 nach 12

VON MICHAEL ETLINGER

Dem Befund von Janko Ferk, wonach es 11.59 Uhr um die Kirche stehe, kann man nur zustimmen („Die Presse“, 15.4.). Mit dem wesentlichen Hinweis, dass es eigentlich längst fünf nach zwölf ist. Das hat ausgerechnet der Autor selbst bewiesen. Stereotype Forderungen nach Frauenpriestertum, Abschaffung des Zölibats und Gendergerechtigkeit erklingen schon seit Jahr und Tag und werden auch mit der x-ten Wiederholung nicht origineller. Man könnte nach so einem Beitrag zur Tagesordnung übergehen. Aber halt. Ferks Positionen sind längst in der „Mitte“ der Kirche angekommen. So wünscht sich der Münchner Kardinal Marx eine „inklusive“ Kirche und behauptete in einem „Stern“-Interview, dass Homosexualität keine Sünde sei. Auf den Katechismus angesprochen, der zwar nicht die Homosexualität an sich, aber homosexuelle „Handlungen“ missbilligt, antwortet er: „Der Katechismus ist nicht in Stein gemeißelt. Man darf auch in Zweifel ziehen, was darin steht.“ Wohl gemerkt: Wir sprechen hier nicht von Äußerungen einschlägiger basiskirchlicher Vereinigungen, sondern von der Stellungnahme eines der höchsten Purpurträger in Rot.

Feuer am Dach!

Wenn es tatsächlich schon so weit gekommen ist, dass hochrangige katholische Würdenträger die 2000-jährige überlieferte Lehre der Kirche zur Disposition stellen, dann ist sprichwörtlich Feuer am Dach! Wenn das eigentliche Glaubensgut für katholische Christen plötzlich nicht mehr gelten soll, nur weil sich die moderne Welt daran stoßen könnte, ja was dann?

Sprung von Deutschland zum Zustand der Kirche in Österreich: Da lassen Worte des Wiener Erzbischofs, Kardinal Schönborn, in der ORF-„Pressestunde“ (10.4.) aufhorchen. „Gott, lass Him regnen“, richtet er alle jenen in Österreich aus, die sich bisher

gegen eine Covid-Impfung entschieden haben. Ein Aufruf, den man eher vom Gesundheitsminister erwarten könnte. So unmissverständlich Schönborn Dinge ansprechen kann, die ihm essenziell erscheinen, so sehr vermisst man von ihm Klartext, wenn ein solcher angebracht wäre, wie beim Dauerbrenner Frauenordination: Einmal mehr kein Hinweis seitens des Kardinals auf das Apostolische Schreiben Johannes Paul II. „Ordinatio Sacerdotalis“, aus dem Jahr 1994, wonach die Kirche keinerlei Vollmacht habe, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und dass sich die Gläubigen „endgültig“ an diese Entscheidung zu halten haben.

Und so darf man sich nicht wundern, dass die „Früchte“ dieser bereits jahrelangen – maßgeblich von Bischöfen mitverursachten – innerkirchlichen Fehlentwicklungen in Äußerungen wie jüngst von Janko Ferk gipfeln, der jedem Priester „deziert“ die Befugnis abspricht, ihn oder einen Mitmenschen in Zukunft als Sünder zu titulieren. Denn: „Diese Zeiten sind vorbei.“ Unpassender als ausgerechnet in der Karwoche hätten derartige Worte nicht ausgesprochen werden können. Die Aussagen des Autors lassen vermuten, dass er das Erlösungswerk, das Christus ausschließlich aus Liebe zu den Sündern vollbrachte, ganz und gar nicht verstanden hat.

Im Gegensatz zur Position Ferks, der die Zukunft der Kirche in einem basisdemokratischen Zeitgeistverein sieht, in dem die Würdenträger zu schweigen haben, kann der Fortbestand der katholischen Kirche nur in einer neuen Restauration bestehen. Zugegeben. Das klingt antiquiert. Aber ist es nicht notwendig, innezuhalten und einen Schritt zurückzutreten, bevor man sehenden Auges in den Abgrund stürzt? Menschen sehnen sich nach Orientierung und Halt. Gerade unsichere Zeiten wie diese könnten Anlass für die katholische Kirche sein, wieder mehr Beständigkeit und Sicherheit auszustrahlen.

Dr. Michael Etlinger ist Jurist und seit 1999 im öffentlichen Dienst tätig.

DIE ALTEN OSTBLOCKWAFFEN SIND ALLE AUFGEBRAUCHT.
DA MUSSTEN WIR NICHTS WEGSCHMEISSEN.
EINEN FRIEDENSNOBELPREIS HÄTTE WIR NOCH



Waffenstillstand in der Ukraine!

Gastkommentar. Ein Aufruf an die Europäische Friedens-Union.

VON HEINZ GÄRTNER, MAX HALLER UND WERNER WINTERSTEINER

In der Ukraine tobt seit bald zwei Monaten ein Krieg mit 4,7 Millionen Flüchtlingen, darunter zwei Millionen Kindern, gut 30.000 toten Soldaten, 3400 getöteten, zuvor oft schwer misshandelten Zivilisten und zerbombten Städten. Dass es so etwas mitten in Europa wieder gibt, ist unvorstellbar. Die Ukrainer haben die völkerrechtswidrige Invasion Russlands mit ihrem mutigen Widerstand zum Stocken gebracht, anscheinend sogar den Rückzug von der geplanten Eroberung von Kiew erreicht.

Nun bleibt die Frage: Wie lang wird der Krieg dauern? Der Ausgang ist höchst ungewiss: Ein Sieg der Ukrainer, indem sie die Russen aus ihrem Land hinauswerfen, erscheint unwahrscheinlich. Die wirtschaftliche und militärische Ungleichheit der Ressourcen beider Länder, vor allem, wenn der Krieg länger dauert, ist zu massiv.

Ist es in dieser Situation noch zu vertreten, dass der Krieg weitergeführt und vom Westen befeuert wird? Die USA leisten logistische

Hilfe und überwiesen der Ukraine wohl schon zwei Milliarden Dollar Militärhilfe. Präsident Joe Biden pflegt eine erschreckende Kriegsrhetorik. Die meisten westeuropäischen Länder (England, Frankreich, Niederlande usw.) schicken Waffen. Der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz, wird für seine zögerliche Haltung gescholten, jedoch steht er damit in guter sozialdemokratischer Tradition, für welche der Frieden seit jeher ein zentraler Wert war. Inzwischen hat auch die Bundesrepublik ihre bisherige Politik aufgegeben, keine Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern, und überweist der Ukraine fast eineinhalb Milliarden Euro – schamhaft „Ertüchtigungshilfe“ genannt. Auch die EU selbst zahlt eine Milliarde Euro. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rief am Karsamstag alle Mitgliedstaaten auf, Waffenlieferungen an die Ukraine zu beschleunigen. Sie stellte fest: „Wir müssen alles tun, dass der Krieg so schnell wie möglich endet. Und wir müssen uns zugleich vorbereiten, dass er schlimmstenfalls noch Monate, gar Jahre dauern kann.“ Ja, würde es nach Jahren Krieg überhaupt noch

eine Ukraine geben, in der die Bürger menschenwürdig leben können? Auch die schärfsten Wirtschaftssanktionen werden Russland nicht in die Knie zwingen. Ohne irgendeinen benennbaren Erfolg wird Putin sich nicht aus der Ukraine zurückziehen. Dagegen haben er und noch deutlicher seine Handlanger sogar den Einsatz von Nuklearwaffen in den Raum gestellt.

„Jeder Krieg ist ein Verbrechen“, stellte der berühmte französische Schriftsteller Émile Zola fest. Der Krieg in der Ukraine ist zwar ohne Zweifel ein Abwehrkampf; ein solcher wird sogar, wie Kardinal Schönborn bekräftigte, von der katholischen Kirche akzeptiert. Aber: Wie lang bleibt ein Krieg ein Abwehrkampf? Jeder Krieg führt auch zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Ein möglicher langer Abnutzungskrieg hätte für beide – Russland und die Ukraine – schwerwiegende Konsequenzen. Dies zeigt nicht nur die sowjetische Intervention in Afghanistan von 1979 bis 1989. Sie hinterließ ein- einhalb Millionen Tote und leitete den Zusammenbruch der Sowjetunion ein. Es muss auch im

PIZZICATO

Miss Merkel und der Pitbull

Wer will schon als Pudel gelten, als kleiner Kläffer? Tony Blair wird dennoch für immer „Bushs Pudel“ bleiben, und das Attribut wird noch in seinen Nachrufen zu lesen sein. Dafür werden maliziöse britische Journalisten schon sorgen. Da mag sich der frühere britische Premier noch so sehr aufpudeln und seine Juniorrolle im Irak-Krieg und den Waffengang gegen den Diktator von Bagdad als gute und gerechte Sache verteidigen.

In Anlehnung an die schrullige Miss Marple hat der Satiriker David Safier eine Krimireihe über Miss Merkel geschaffen. Darin geht die ehemalige Kanzlerin in der heimatischen Uckermark auf Mördersuche. An ihre Seite hat er ihr allerdings einen Mops namens Putin gestellt. Mops und Putin – das geht nun wirklich nicht zusammen. Aus Putin wurde nun Pupsi. Sehr putzig, sehr komisch. Und: Ist nicht Satire der Feind jeden Diktators?

Aber wäre nicht ein Pitbull – nennen wir ihn gleich beim Namen: Putin – doch die adäquatere Wahl? Wobei, Merkel und Pitbull – das passt schon gar nicht. Die Frau hat es ja überhaupt nicht so mit Hunden. Als Putin einst in Sotschi seine Labradore von der Leine und an Merkels Hose schnüffeln ließ, kam das einer Mutprobe für die Kanzlerin gleich. Der Schweiß muss ihr aus den Poren getreten sein, aber es entkam ihr kein Sterbenswort. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Hermann Nitsch und ein Doppler

„Hermann Nitsch, eingegangen in den Jubel des Seins“, von Almuth Spiegler, 20.4.
Die Menschenfreundlichkeit des in dem sehr berührenden und in allen Punkten zutreffenden Artikels kann ich mit einem persönlichen Erlebnis bestätigen: Vor Jahrzehnten besuchten schwedische Kolleginnen und Kollegen das BORG Mistelbach und, natürlich, auch einen Heurigen. Dort war, wie des Öfteren, auch Prof. Hermann Nitsch. Als der meinen freundlichen Gruß sehr freundlich erwiderte, gerieten die Schweden außer sich: „Was, du kennst diesen weltbekannten Künstler? Würde er uns diese Speisekarte signieren?“

Wie zu erwarten tat er das, und mit der signierten Karte kam auch ein Doppler auf unseren Tisch. Den haben wir, fast zur Gänze, auf das Wohl des dazu lächelnden Genießers auch genossen. Gott hab' ihn selig...

Dr. Josef Koch, 2130 Mistelbach

Kriegsziel lautet immer: „Ich will mehr“

Zum Krieg in der Ukraine und zu den Reaktionen darauf
In Europa und vor allem im deutschen Sprachraum gibt es unzählige Sprüche und Sprichwörter. Für alle Wetterverhältnisse und jede Lebenslage. Einer großen Beliebtheit bei den europäischen Politikern, aber auch bei manchen Leserbriefschreibern, erfreuen sich die beiden Sprüche „Der Klügere gibt nach“ und „Wandel durch Handel“, die wir zu einer Art Maxime der europäischen Vorgangsweise hochstilisiert haben.

Haben wir wirklich so wenig aus der Geschichte der Menschheit gelernt? Wie lang haben wir

dem Kriegstreiben in unserer Nachbarschaft hilflos zugesehen und darauf gebaut, Gesprächskanäle offen zu halten, unsere Werte auch bei anderen vorauszusetzen und diplomatisch vorzugehen.

Geben wir dem Kriegstreiber doch die Ostukraine, wenn er sie unbedingt haben will, die 20 Prozent von Georgien und die Krim hat er sich schon genommen, aber das war doch wirklich eindeutig zu wenig. Vielleicht sollten wir noch eine Schnittlinie Finnland oder Litauen drauflegen. Dann wird er ja vielleicht zufrieden sein, wir vergessen Butscha und Tausende Tote und die zerbombten Städte in Syrien und Tschetschenien und wir können wieder mit Diplomatie weiter an Demokratie und Menschenrechten arbeiten, auch wenn man wohl zugeben muss, dass wir mit unserer Vorgangsweise in der Welt bisher damit so gar nicht erfolgreich waren.

Aber welcher Angriffskrieg wurde in den letzten Jahrzehnten vom Aggressor jemals von sich aus beendet? Das Kriegsziel

Interesse Russlands sein, den Krieg möglichst rasch zu beenden. Dass bei Interventionen in fremden Ländern selbst lange und brutale Kriege oft keine Vorteile auf dem Schlachtfeld bringen, mussten auch die USA zur Kenntnis nehmen. Dies zeigte die Teilung Koreas nach dem Krieg 1950 bis 1953, die Übernahme Vietnams durch die Kommunisten nach dem zehn Jahre langen Krieg gegen Nordvietnam und zuletzt der Abzug der Amerikaner aus Afghanistan nach 20 Jahren Besatzung. Lange Kriege dieser Art wirken wirtschaftlich und politisch äußerst destabilisierend und können auch weit entfernte, arme Länder treffen, wie der Ukraine-Krieg schon jetzt zeigt.

Es ist keine Kapitulation

Ein Waffenstillstand ist keine Kapitulation. Im finnisch-russischen Winterkrieg schloss General Hamerschmid am 13. März 1940 schon nach dreieinhalb Monaten einen Frieden mit Russland, weil ihm klar war, dass weiterer Widerstand nicht aufrechterhalten werden konnte. Finnland musste erhebliche Gebietsabtretungen hinnehmen. Stalin hatte jedoch sein Ziel – die Besetzung und Annexion von ganz Finnland – nicht erreicht.

Um zu einem Waffenstillstand zu gelangen, müssen beide Kriegsparteien bereit sein, in Verhandlungen über einen solchen einzutreten, und konkrete und realistische Bedingungen dafür benennen. Davon ist derzeit auch in der Ukraine keine Rede. Kann man bei Putin ein Interesse an einem Waffenstillstand erwarten? Soll man überhaupt mit ihm reden? Dies steht wohl außer Zweifel. Auf seinen baldigen Abtritt oder gar Sturz zu hoffen ist illusorisch mangels kritischer Eliten, die er ausgeschaltet hat, und einer durch Gleichschaltung der Massenmedien erreichten hohen Zustimmung

DIE AUTOREN

Heinz Gärtner ist Professor für Politikwissenschaft und lehrt an den Universitäten Wien und Krems. Er war Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIIP) und ist jetzt Vorsitzender des Beirates des International Institute for Peace (IIP) in Wien. **Max Haller** ist em. Professor für Soziologie der Universität Graz, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und stellvertretender Leiter der ÖAW-Kommission für Migration und Integration. **Werner Wintersteiner** war Professor für Deutschdidaktik und Friedenspädagogik und Gründer des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Er ist im Leitungsteam des Universitätslehrgangs Global Citizenship Education.

in der Bevölkerung. Dennoch ist Putin nicht völlig unberechenbar. Den Überfall auf die Ukraine hat er mehr oder weniger unverhüllt als Teil seiner großrussischen Visionen angekündigt. Er musste im jetzigen Krieg zweifellos lernen, dass der Angriff auf ein anderes Land selbst bei dessen klarer militärisch-numerischer Unterlegenheit ein riskantes Unterfangen ist. Noch mehr wird ihm bewusst sein, dass es ein Selbstmordkommando wäre, Nato-Staaten anzugreifen. Auch eine Aussicht auf Aufhebung der Wirtschaftssanktionen wird für ihn nicht ohne Bedeutung sein.

Die Verantwortung Europas

Was könnte ein Ergebnis von Verhandlungen im Rahmen eines Waffenstillstandes sein? Die beiden Extremergebnisse – Vertreibung der Russen aus der ganzen Ukraine vs. Abtretung von Teilen der Ukraine an Russland – erscheinen gleich unwahrscheinlich. Dazwischen gibt es mehrere Möglichkeiten. Dabei muss sowohl die außenpolitische Position der Ukraine als auch das Problem der abtrünnigen „Republiken“ Donezk und Lugansk im Südosten einbezogen werden. In ersterer Hinsicht könnte die Ukraine selbst eine Neutralität vorschlagen, was die Aufgabe ihrer Nato-Ambitionen bedeuten würde. Der Nato-Beitritt der Ukraine ist ohnehin eine Chimäre, für die in diesem Krieg gestorben wird. Weiters könnte über die Gewährung einer starken regionalen Autonomie für Donezk/Luhansk im Rahmen der Ukraine bis hin zur Bildung eines neuen, selbstständigen Staates verhandelt werden. Aber: Diese oder andere Lösungsmöglichkeiten muss natürlich die Ukraine selbst in Verhandlungen einbringen. Alle westlichen Spitzenpolitiker – in allererster Linie die höchsten Repräsentanten der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit OSZE und UNO – müssten sich massiv für solche Verhandlungen einsetzen, anstatt den Krieg zu befeuern und damit nur weiter zu verlängern. Die EU konnte zu dauerhaftem Frieden zwischen ihren Mitgliedern beitragen, weil diese alle bereits seit 1945 Demokratien waren.

Sie würde sich als wirkliche Friedensunion erweisen, wenn sie auch einen Krieg mit dem autoritären Russland beenden könnte. Die Alternative zu einem möglichst raschen Waffenstillstand in der Ukraine und in der Folge zu einer Friedenslösung auf europäischer Ebene (auch Russland ist Teil Europas!) sind weiterer Krieg, Zerstörung und Tod.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNA GOLDENBERG



„Hilft's nix, schad's nix“ oder: Schauen wir lieber nicht genau hin

Ob Moskau oder Mur-Tauchen, der „Hausverstand“ ist in Österreich beliebt. Dabei ist diese Argumentation vor allem denkfaul und ignoriert vorhandene Risiken.

Mehr als zehn Tage liegt der Besuch von Bundeskanzler Karl Nehammer in Moskau zurück. Aus den Schlagzeilen ist er längst nicht verschwunden. Das Land debattiert, ob die Reisepläne „geleaked“ worden sind („Bild“-Journalist Paul Ronzheimer hat diese Information, die von öffentlichem Interesse ist, recherchiert und veröffentlicht) und wer als Berater mitgefahren ist (Ex-„Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann, was die Frage aufwirft, warum auf einer solchen Reise ein PR-Experte nötig ist). Zehn Tage später zeigt sich vor allem auch: Zum Pazifisten ist Putin nicht geworden; er treibt den Krieg mit enormer Grausamkeit weiter.

Weiterhin ist die Frage offen, ob der Besuch sinnvoll war. Eine Frage, die wohl längst geklärt wäre, wenn man sich die Mühe gemacht hätte, sie im Vorhinein zu beantworten. Doch stattdessen wurde die Unternehmung – auch von Kommentatorinnen und Kommentatoren – abgenickt, frei nach dem Motto: „Hilft's nix, schad's nix.“

Der Ursprung dieser Redewendung, die aus dem österreichisch-bayerischen Sprachgebiet stammt, ist unklar. Vermutlich etablierte sie sich im Laufe der vergangenen Jahrhunderte als Kritik am sogenannten Quacksalbertum. Wo es keine wissenschaftliche erprobte Medizin gab, mussten Hausmittel erhalten, die teuer zu erstehen waren. Sie waren wirkungslos? Dann kaufen Sie doch noch ein Fläschchen. Und außerdem, halb so wild, dafür richten sie auch keinen Schaden an.

Was als ironische Kritik an unseriösen Verkaufspraktiken begann, ist in Österreich zu einer legitimen Argumentationslinie geworden. Die sich auf den ersten Blick vernünftig, ja sogar innovativ anhört: Wir wissen nicht, ob es etwas nützt, aber wir wollen es trotzdem probieren. Es gibt schließlich keinen Schaden. Doch es wird ignoriert, dass es sehr wohl einen Schaden gibt. Die Kosten, die Zeit, der Aufwand – und die anderen Handlungsoptionen, für die man sich nicht entscheidet. Auch ein wirkungsloses Hausmittel kostet Geld. Das wird deutlich, wenn man sich ansieht, für welche Unternehmungen

diese Rechtfertigung gewählt wurde: Im Jahr 2001 berichtete beispielsweise die „Kronen Zeitung“, dass Taucher die Mur nach verschwundenen Figuren absuchten, die einmal das Grazer Rathaus geziert hatten. „Von der Stadt gibt es grünes Licht dazu – nach dem Motto hilft's nix, schad's nix.“ Auch die Reise nach Moskau musste jemand bezahlen.

In der Medizin hat ein Medikament ohne Nebenwirkung auch keine Wirkung. Auf andere Bereiche des Lebens umgelegt heißt das: Wirkungsvolle Unternehmungen bergen gewisse Risiken. Wer keine findet, hat nicht genau genug hingeschaut. Auch der in diesem Zusammenhang oft zitierte Placebo-Effekt, der besagt, dass wirkungslose Medikamente allein durch den Glauben an deren Kraft einen Effekt haben, birgt ein Risiko: Nämlich, dass er nicht wirkt, und somit schadet, weil die Heilung ausbleibt. (Ganz abgesehen davon, dass Studien den sogenannten Nocebo-Effekt nachgewiesen haben, der besagt, dass man sich auch Nebenwirkungen einbilden kann.)

„Hilft es nichts, so schadet es nichts“ ist eine beliebte Argumentation, wenn man zu denkfaul ist, sich die Risiken zu überlegen – oder die wissenschaftliche Beweislage dünn ist, man sich aber nicht traut, vorab eine begründete Hypothese aufzustellen. Die Corona-Massentests wurden ebenso damit argumentiert wie die Maskenpflicht und die Booster-Impfung – und zwar jeweils zu einem Zeitpunkt, als es noch keine verlässlichen Daten dazu gab. Doch anstatt das offen zu sagen, wurde mit dem scheinbar nicht vorhandenen Schaden geworben, in der Hoffnung, dass die Ergebnisse im Nachhinein die Hypothese stärken. Das ist unwissenschaftlich.

Was in Österreich, wo laut Eurobarometer immerhin ein Viertel der Bevölkerung findet, man solle sich eher auf den gesunden Hausverstand als auf wissenschaftliche Studien verlassen, wohl wenig überraschend ist. So ist man anfällig für Quacksalbertum – auch aus höchsten Regierungskreisen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin: Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Paul Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt über Medien und Politik für den „Falter“.

lautet doch immer: Ich will mehr, ich will alles!

Europa muss dringend lernen: Das russische Pendant zu unserem Spruch „Der Klügere gibt nach“ lautet „Nachgeben ist Schwäche“, und die russische Entsprechung von „Wandel durch Handel“ lautet „Macht durch Handel“. Das ist die Realität. Auch wenn es uns anders lieber wäre.

Dr. Gerhard Möstl, 5280 Braunau

Nicht umsetzbar heißt nicht, dass es so richtig ist

„Angriff auf Wahlärzte: Täuschen und tarnen...“, von Köksal Baltaci, 20. 4. Wenn etwas nicht umsetzbar ist, heißt das nicht, dass es so, wie es jetzt ist, richtig ist und beibehalten werden soll. Das ist so, denke ich, wenn es um leistbare Mieten geht wie bei Verträgen und Nebenjobs für Ärzte und vielen anderen Dingen. Es sollte darüber geredet und versucht werden, für die Gesellschaft eine gute Lösung zu finden. Johann Prabl, 8493 Klösch

Ich schäme mich

„Keine Selenskij-Rede“, 20. 4. Ich schäme mich für unser Parlament. Zuerst dauert es ein paar Wochen, bis die SPÖ versteht, dass Neutralität etwas anderes ist als sich auf dem Häusl zu verstecken, wenn es brenzlich wird, und dann erlaubt man Putins Partner-Partie ein Veto in der Präsidiale. Herr Präsident Sobotka, bitte haben Sie den Mut, hier die Mehrheit entscheiden zu lassen. Peter Grabner, 8046 Graz

Unterschwellige Häme

„Migration als Kampfplatz des „Anti-Rassismus“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 19. 4. Hans Winkler macht sich viel Mühe, jede Kritik an der Flüchtlingsbehandlung nach zweierlei Standards abzuwerten.

Dass Ukraine-Flüchtlingen eine Willkommenspolitik zuteil wird und dass sie (relativ) unbürokratisch Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, ist sehr positiv. Warum

aber syrischen Jugendlichen mit besten Deutschkenntnissen der Zugang zu Lehrverhältnissen erschwert wird, sie ebenso wie Gymnasialschülerinnen und -schüler ständig von Abschiebung bedroht sind, wird durch seine gewundene Abhandlung mit keinem Wort erklärt. Seine unterschwellige Häme gegen jene, die sich für diese Gruppe einsetzen, klingt eher missgünstig als plausibel. Josef Wallner, 1160 Wien

Gesinnungsethiker von Berufs wegen

Ich denke, dass ein Bischof so wie jeder Kleriker schon von Berufs wegen ein Gesinnungsethiker sein muss, was ja auch in Ordnung ist. Damit sind sie in einer wesentlich bequemeren Lage als der christliche Laie, der zwischen Gesinnung und Verantwortung abwägen muss und sich so in einem permanenten Gewissenskonflikt befindet. Bedauerlicherweise gibt es genug Hilfsorganisationen und Institutionen, die sich mehr ihrem

eigenen Pragmatismus verpflichtet fühlen, was nicht in Ordnung ist. Dr. Hans Edelmann, 5131 Franking

Truffaut-Filme verstaubt? Wer sagt denn so etwas?

„Seine Filme zeigen, wie man küsst“, von Patrick Holzappel, 19. 4. Bass erstaunt lese ich, die Filme Truffauts gelten „als verstaubt und klischeehaft“. Wer sagt denn so etwas? Weiter: Wer sollen diese Leute sein, bei denen Truffaut heute angeblich „für eine klischeebeladene Form französischer Kinos samt federleichter Liebeleien, intellektueller Erotik und nachdenklicher Kaffeehausdialoge vor einem Eiffelturm-Panorama“ stehe? Ich kann mir nicht vorstellen, dass jene, die dergleichen behaupten, auch nur einen einzigen Truffaut-Film bei vollem Bewusstsein und drogenfrei gesehen haben. Deren ohnehin unmaßgebliche Meinung ist somit komplett irrelevant, weil sie auf Ahnungslosigkeit basiert. Überdies: Was soll eigentlich diese „romantisch-

verklärte Ignoranz“ sein, der Truffauts Frauenbild entspringe? Tatsächlich war Truffaut ein großer, virtuoser Erzähler von Liebe und Begehren. Diesem großen Filmemacher lässt Patrick Holzappel im weiteren Verlauf erfreulicherweise Gerechtigkeit widerfahren. Unklar bleibt aber für mich, weshalb zuvor obskuren Vorbehalten und Vorurteilen Platz eingeräumt wird, die mir noch niemals irgendwo untergekommen sind. Christian von David, 1010 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: stefanie.kompatscher@diepresse.com
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner